

Diskussion am 23. September 2015 zum Weißbuch Sicherheitspolitik 2016:

Leitbild Frieden – was bedeutet das für die Sicherheitspolitik?

Nach der Begrüßung durch Prälat Dr. Martin Dutzmann (Evangelischer Vorsitzender der GKKE) erläuterte Oberst i.G. Marcus Ellermann (Bundesministerium der Verteidigung) als stellvertretender Beauftragter der Projektgruppe Weißbuch 2016 den Prozess: Das Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, das von dem BMVg herausgegeben wird, soll der neuen sicherheitspolitischen Lage Rechnung tragen, die sich weltweit seit dem letzten Weißbuch 2006 dramatisch verändert hat. Das „Knirschen im tektonischen Gebälk der Welt- und der europäischen Sicherheitsarchitektur“ (Ursula von der Leyen) fordert eine neue Positionierung, die sowohl dem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis als auch der Schutzverantwortung Deutschlands Rechnung trägt. Das Weißbuch 2016 setzt sich somit sowohl mit der nationalen als auch mit der internationalen Sicherheitspolitik der Bundesregierung und der Bundeswehr auseinander. Eine Besonderheit des neuen Weißbuches ist der partizipativ angelegte Prozess, der dem Bedürfnis einer breiten Diskussion über Sicherheit in Deutschland nachkommt.

Es schloss sich ein Gespräch zwischen Ellermann, Dr. Sabine Jaberg (Führungsakademie der Bundeswehr), Rüdiger König (Auswärtiges Amt) und Karin Kortmann (Deutsche Kommission Justitia et Pax) an, moderiert von Dr. Bernhard Moltmann (Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt/M.).

Diskutiert wurde in besonderem Maße das Verständnis und Verhältnis der Begriffe „Frieden“ und „Sicherheit“. Jaberg betonte, dass beide Begriffe eine „verlässliche Abwesenheit von Bedrohung“ darstellen, „Frieden“ jedoch generell ein langfristigeres und universelleres Ziel ist als „Sicherheit“, die eher kurzfristig und partikular ist. Sicherheit muss also immer friedensverträglich sein; das Ziel sollte eine selbstreflexive Sicherheitspolitik sein, die auch die eigenen Anteile an der Entstehung von Krisen reflektiert und sich ehrlicher Berichterstattung und der Offenlegung von Eigeninteressen verpflichtet weiß. Die Begriffe „Krise“ und „Bedrohung“ sollten nicht unreflektiert gleichgesetzt werden. Jaberg und Kortmann stimmten mit der Aussage Dutzmanns überein, dass sich die Selbstverpflichtung in der Präambel des Grundgesetzes, „dem Frieden der Welt [zu] dienen“, nur durchsetzen lässt, wenn dieser Frieden als gleiches Recht auf Sicherheit für alle verstanden wird und nicht selektiv für die Bundesrepublik. Kontrovers diskutiert wurde die These Jabergs, eine Sicherheitsordnung auf Augenhöhe sei von der NATO nie intendiert gewesen. Sie reagierte damit auf die Aussage Ellermanns, Putin habe durch den Einmarsch auf der Krim die europäische Sicherheitsordnung aufgekündigt.

Wie Dutzmann bereits zum Auftakt der Veranstaltung betonte, treten die Kirchen für Frieden und Gewaltprävention als unbedingtes Leitbild in der deutschen Sicherheitspolitik ein. Damit soll auch dem Ziel 16 der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs), die kürzlich in New York

verabschiedet wurden, Rechnung getragen werden: Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz zu ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufzubauen.

In diesem Sinne wurden im Rahmen der Diskussion Invasionen in andere Länder von Jabergrundsätzlich in Frage gestellt. Frieden, und damit Gewaltprävention statt -anwendung, sollte sicherheitspolitisches Leitbild der Bundesrepublik sein und damit gleichzeitig über das Anstreben bloßer Sicherheit hinausweisen. Dass Frieden mehr bedeutet als „die Abwesenheit von Krieg“, sollte Eingang in das Weißbuch 2016 finden, wie Frau Kortmann betonte.

Mirjam Wulff